

Wolfgang Fritz Haug

Ulrich K. Preuß' Theorie des Menschenrechtskrieges

I.

Geschrieben im Frühjahr 2002, in einem Duktus, als ginge es noch immer darum, für den Sprachgebrauch der rotgrünen Regierung den Nato-Krieg von 1999 gegen Jugoslawien ("Kosovo-Krieg") und den mit Nato-Hilfsdiensten geführten US-Krieg gegen Afghanistan (2001) — beide ohne UN-Mandat — zu rechtfertigen, weiß dieses Buch noch nichts von dem Krieg, mit dem die USA ein Jahr später vollends selbstherrlich und wiederum ohne UNO-Mandat, ja explizit gegen die Mehrheit im Sicherheitsrat den Irak überzogen haben. Den "Weltkrieg gegen den Terror" (Haug 2002), der seither in den Terror eines Krieges umgeschlagen ist, der wiederum wie ein Generator weiteren Terrorismus wirkt, sieht Preuß als verständliche Fehlreaktion auf die kollektive psychische Verletzung, die die Anschläge vom 11. September den US-Amerikanern zugefügt haben. Vermutlich hätte er sein Buch im Wissen um "das Umkippen der USA vom Ordnungs- zum Unordnungsfaktor" (Emmanuel Todd) anders geschrieben. Der als Demokratisierungsintervention¹ verkleidete neue Krieg der USA, der das prekäre Weltrecht nicht nur gebrochen, sondern, da der Bruch von der bisher einzigen realen Garantiemacht möglichen Rechts verübt worden ist, es fürs Erste *zerbrochen* hat, rückt die Rechtfertigung "humanitärer Interventionen" ins Zwielficht ungewollter Komplizenschaft mit der amerikanischen Herrschaft ohne Hegemonie, die in der begriffslosen Sprache ihrer tagespolitischen Anhänger wie ihrer Gegner als Gegenteil ihrer selbst, als Hegemonie bezeichnet wird. Mary Kaldor hat versucht, sich von dieser diskreditierenden Nähe dadurch abzugrenzen, dass sie Regimewechsel als Ziel der von ihr im Ernstfall befürworteten Menschenrechtskriege ausgeschlossen wissen will. Der britischen Regierung aber versuchte sie als historische Chance schmackhaft zu machen, sich mit der Weltmeinung dadurch wieder-zuvereinigen, dass sie, gestützt auf ihre militärische Position einer Siegermacht, eine Führungsrolle der UNO im Nachkriegsirak fordere.

¹ Erst das Nachwort zur 2. Auflage geht darauf ein. Siehe dazu w.u. den 2. Teil.

Die Struktur des Buches von Preuß ist überraschend: Gegliedert in zwei Teile, dazu Prolog und Epilog, ist es aufgebaut wie ein Katechismus in dreiundzwanzig richtigen Antworten. Der erste Teil mündet in die sorgfältig abwägende Begründung: "*Warum man selbst eine unilaterale humanitäre Intervention tolerieren kann*" (87ff). Der zweite begründet nicht weniger einlassend: "*Warum eine Ausstoßung der Mörder des 11. September eine gerechte Bestrafung ihres Frevels wäre*" (126ff). Gemeint ist die Exkommunikation "als Ungläubige aus der Gemeinschaft der Muslime" (133). Gehört der Jurist Preuß, ehemaliges SDS- und Argumentklub-Mitglied, zu denjenigen, von denen Petra Steinberger im Blick auf die USA notiert hat, dass sie "den Idealismus der Linken" in die neoimperiale Politik einbringen? Der Begriff, mit dem er selbst die Verstrickungen belegt, in die sein Engagement ihn führt, ist der des "Tragischen", dem "der Mensch nicht immer ausweichen" kann (89). Doch leistet dieser Begriff mehr als einen Beitrag zur Gewissensberuhigung angesichts der moralischen Kollateralschäden auf dem Wege der Güterabwägung?

Wie Altvater und Mahnkopf die Informalisierung von Arbeit, Geld und Politik untersuchen (vgl. meine Rez. in Arg. 249, 157ff), analysiert Preuß die Entgrenzungen von Politik, Recht, Religion und zumal das Vordringen "irregulärer" Formen des Krieges (15). Doch anders als Altvater und Mahnkopf, die wie Ignacio Ramonet (rez. in Arg. 250, 320f) diese Entwicklung einseitig als Niedergang bewerten, möchte er darin die schwierige Entstehung eines wünschenswerten Neuen aufweisen: "eine Tendenz zur Transformation des Völkerrechts vom Recht der Koordinierung von Staaten zum Recht der internationalen Gemeinschaft" (141). Einen Grund dafür sieht er in jener mit der (von ihm unerlaubt harmlos aufgefasst, vgl. 15) Globalisierung des Kapitalismus einhergehenden Entwicklung, die oft als Übergang zu »global governance« gefasst wird, dass nämlich "neben Staaten eine immer größere Zahl von wirtschaftlich, politisch und kulturell bedeutsamen Akteuren ohne Souveränität und Territorium an der politischen Gestaltung der transnationalen Beziehungen teilnimmt" (ebd.). Nicht dass diese Akteure von sich aus gutartig wären! Doch indem sie die Staaten durchdringen, muss ihnen das "Recht" mit entsprechender Durchdringung folgen. Menschenrecht soll daher Völkerrecht brechen, da dieses nur Staatenrecht ist. Bereits die UNO-Satzung hat ja den Staaten das Recht auf Krieg bestritten bzw. auf ein reines Verteidigungsrecht eingeengt.

Standpunkt wie Adressat von Preuß sind "Vernunft und Gerechtigkeit" (73), letztere

auch als "Gerechtigkeitsgefühl" angesprochen (75). Dieser Instanz entspräche die "Verpolizeichung der internationalen Konflikte" (69) im Dienste der "internationalen Zivilgesellschaft" (71). Sorgfältig entwickelt Preuß, warum es angesichts des nicht-staatlichen, transnationalen Charakters des neuen Terrorismus widersinnig ist, diesem (wie der US-Präsident, gefolgt von der Nato, es getan hat) den Krieg zu erklären, der eine zwischenstaatliche Form ist. "Den »Krieg« gegen den Terrorismus sollten sich daher die Staaten verbieten." (64) Als "besonders bittere Ironie" verzeichnet Preuß den Widerstand der USA gegen die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs (ebd.).

"Die »Ideen« blamierte sich immer", heißt es bei Marx, "soweit sie von dem »Interesse« verschieden war." (MEW 2, 85) Wie ein vom Standpunkt der "Idee" praktisch gewendetes Echo hierauf heißt es bei Preuß: "Doch kann die Moral in der Regel ohnehin nur als Parasit des Interesses überleben." (91) Einer der "tragischen Konflikte", denen "der Mensch nicht immer ausweichen" kann (89), ist dann das Inkaufnehmen unermesslichen menschlichen Leids, überlagert durch das Inkaufnehmen der imperialistischen Funktionalisierung der Menschenrechte. "Oder hätte die Tatsache, dass die Amerikaner gar nicht an der Befreiung des afghanischen Volkes, sondern an den Ölleitungen interessiert sind, ein Grund sein sollen, die Afghanen dem Terrorregime der Taliban zu überlassen?" (91) Die Einsicht, "dass die Elenden und Unterdrückten dieses Planeten" nicht "durch die Selbstlosigkeit und den Edelmut der Wohlhabenden errettet werden", wird zum Plädoyer für einen "durch strategische Interessen kontaminierten Humanitarismus" (92). Dieser muss hinnehmen, dass die Menschenrechte womöglich nur als "Dekor" dienen (77). Das ist "eine der vielen tragischen Paradoxien, die die Welt der Politik nun einmal gebiert" (80).

Die Einsicht, dass der ethisch-juristische Normativismus der Menschenrechte sich neoimperialer Machtpolitik zum Missbrauch anbietet, hat hier den Doppelsinn, dass er sich dieser förmlich *dazu anbietet*, in der Hoffnung, das humanitäre Ideal auf dem Rücken seiner interessenpolitischen Verneinung in die Wirklichkeit tragen zu lassen. Aber Preuß, der hilfswise auf eine hegelschen "List der Vernunft" zu bauen scheint (82), könnte so am Ende dazu beigetragen haben, aus Liebe zum Menschenrecht die völkerrechtlichen Sicherungen gegen den Krieg herauszuschrauben. In der Tat rechtfertigte sich ja der Irakkrieg mit Hinweis auf die "Bombardierung Jugoslawiens durch die Nato - die den Sicherheitsrat nicht fragte, da allgemein angenommen wurde,

dass Russland und wohl auch China ihr Veto einlegen würden" (Glennon 2003), sowie auf den Afghanistan-Feldzug der USA, also unter Berufung auf zwei Kriege, die Preuß (wie Habermas) ausdrücklich rechtfertigt. Preuß scheint diese Berufung dadurch vereiteln zu wollen, dass er den Kriegscharakter zumindest des letzten jener beiden Feldzüge bestreitet: "Es waren überhaupt keine militärischen Maßnahmen *gegen* Afghanistan, sondern *in* Afghanistan" (72). Die von Mary Kaldor beschriebenen "neuen Kriege" (vgl. die Rez. von Helmut Bock in Arg. 250, 228-33) begreift Preuß als eine "Erscheinungsform" der "zerfallenen Staaten", wie er den von Madelaine Albright geprägten Ausdruck "failed states" übersetzt (42). Den Krieg gegen sie, die in einer globalisierten Welt eine global relevante Gefahr darstellen, definiert er als eigentlichen Nicht-Krieg. Hier zeichnet sich die Konzeption eines ›humanitären Imperialismus‹ ab, wie er im 19. Jahrhundert selbst von Antonio Labriola vertreten worden ist (vgl. Gramscis Kritik in den *Gefängnisheften*, H. 8, 200). Jene zerfallenen Staaten sind ja im Sinne geordneter internationaler Beziehungen "verantwortungsunfähig" (71). "Wenn man schon den ›Einwand der Unzurechnungsfähigkeit‹ des Afghanistan der Taliban erhebt, dann müsste man zumindest bereit sein zu akzeptieren, dass dieser Staat wie ein Mündel behandelt wird." (Ebd.) Er wird unter "internationale Vormundschaft" gestellt (73), kurz, zum "Protektorat" (16) gemacht. Einzig unter "›erwachsenen Staaten" geht Souveränität vor Humanität (84; zur Ideologiekritik dieser Kategorien vgl. Haug 1993, 126f). Daher stehe nicht etwa die Militarisierung der Außenpolitik ins Haus, sondern eher die Entmilitarisierung des Militärs, indem dieses mit "nation building in feindlicher Umwelt" betraut werde (90). Die Wirklichkeit des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan, die dort in einer einzelnen Stadt wie in einer Falle sitzt, dürfte diese Aussichten inzwischen ernüchert haben.

Welche Rolle spielen nun bei alledem die USA? Sie sind der "einzig verbliebene Hegemon unserer heutigen Weltordnung" (65), "Welthegeemon" (66), der unter der Bush-Administration geneigt ist, "die Rolle als Hegemon bedenkenlos auszuspielen, alle Rücksichten auf die anderen Akteure der internationalen Beziehungen hintanzustellen und v.a. in gröbster Weise das zarte Pflänzchen des Regelwerks und der Institutionenordnung der UN niederzutrampeeln" — so füllt Preuß den Begriff "Unilateralismus" (74). Wie es der rotgrünen Politik im Nachhall des 11. September 2001 entsprach, bemüht sich Preuß, den Zorn darüber, kaum dass er sich in Worten Luft gemacht hat, zu ersticken: Statt, sagt er an die Adresse der Europäer, "willens

oder fähig zu sein, sich selbst in eine eigenständige Kraft der internationalen Politik zu verwandeln und dafür auch schwere materielle Opfer zu bringen [...], einer Hegemonialmacht vorzuwerfen, dass sie sich hegemonial benehme, ist so [...], als würde man einem Mops vor, dass er sich keinen Wurstvorrat anlege" (74). Dieser ›failed joke‹ wirkt wie ein Symptom dafür, dass dem Verf., dessen Text sonst eine an Selbstgerechtigkeit grenzende Souveränität ausstrahlt, dabei unwohl ist. Von Hegemonie und Zivilgesellschaft redend, ignoriert er die in dieser Hinsicht maßgeblichen Analysen Gramscis und folgt der politischen Alltagssprache. Sonst käme er darauf, dass die USA dabei sind, einem militärisch begründeten Hegemonismus die politische Hegemonie zu opfern. Auch könnte er dann nicht sagen: "Im 21. Jh. sollten wir das Prinzip Ordnung durch Hegemonie eigentlich überwunden und an seine Stelle eine Ordnung durch Recht gesetzt haben." (138) Die Geltung des Rechts wäre ja gerade eine Dimension einer Welthegeemonie im gramscianischen Sinn des Begriffs, der diesen nicht einfach mit Vor- oder Übermacht gleichsetzt. Preuß repräsentiert diejenigen, die sich mit ihrer Zustimmung von den USA führen lassen wollen, dabei aber von diesen, die auf ihre Übermacht pochen und Führung durch Domination ersetzen, verprellt werden. Er bedient sich eines umwegigen historischen Rekurses, um diese Anomie zu versöhnen: Wie in der Frühzeit des modernen Staates eine öffentliche Aufgabe wie die des Steuereintreibers an Privatunternehmer verpachtet worden ist, so in der unfertigen Ordnung der Weltgemeinschaft gleichsam das Amt des Weltpolizisten an die USA (77). Und wie man dem Ochsen, der da drischt, das Maul nicht verbinden soll, so soll man den USA nicht verübeln, dass sie gleichzeitig und sogar vor allem bei Ausübung dieses Amtes ihr eigenes Streben nach Machtressourcen verfolgen. "Warum sollte sich ein Staat", tönt es dazu aus den USA, "der seine Macht ausbauen will — und das heißt nur: seine Fähigkeit verbessern, das zu bekommen, was er will —, an Grenzen halten, die er auch umgehen könnte?" (Glennon 2003)

"Verständnis" für die USA unterbaut Preuß mit der Vorstellung einer nationalen "Seele" (134). Die der USA hat durch den 11.9. eine schwere "narzisstische Kränkung" (74) erfahren. "Eine Nation ist gedemütigt worden." (64) "Sühne" dafür zu verlangen, "ist geradezu ein kategorisches sittliches Gebot" (64). Einführend versucht Preuß, dieses Sühneverlangen zu zivilisieren im Wissen darum, "dass Hegemonialmächte besonders viele und besonders schwere politische Fehler zu begehen pflegen, einfach

deswegen, weil sie aufgrund ihrer überlegenen Macht weniger [...] darauf angewiesen sind, Fehler zu vermeiden" (65).

Mit Verständnis begegnet Preuß schließlich der Welt des Islam, deren Geschichte er in großen Zügen rekapituliert wie zuvor die des im Unterschied zum Islam auf der Trennung von Staat und Kirche begründeten modernen westlichen Staates. Wie Habermas in seiner Friedenspreisrede vom Oktober 2002 "die Spannung zwischen säkularer Gesellschaft und Religion" als Triebkraft hinter den Anschlägen vom 11. September vermutete (vgl. dazu Arg. 242/2001, 436f), so Preuß in der durch Aufklärung verschütteten "Möglichkeit der Begegnung mit dem Heiligen" (144). Es ist, als sollte dafür die Begegnung mit dem "Bösen" entschädigen. Denn wie der US-Präsident macht Preuß das Böse zum metaphysischen Prinzip (93ff), auch wenn er anders als dieser theologisch begründet, warum der Versuch, es mit Feuer und Schwert auszurotten, nicht nur zum Scheitern verurteilt, sondern selber des Teufels ist (59). Der "Ansturm der apokalyptischen Reiter des Bin Laden" (99) vom 11.9. aber atmet "Schwefelgeruch" (17), "teuflische Niedertracht" (98) und "teuflische Verschlagenheit" (64). So importiert Preuß die Theologie des Teuflischen in seine Lagebeschreibung. Politisch-theologisch auf den Islam hinargumentierend entwickelt er schließlich den immanent blasphemischen Charakter des "selbstaufopfernden Massenmörders" (100), insofern dieser als "strategischer Selbstmordattentäter" (Elwert, zit. 54) handelt, also seinen Tod als Mittel einsetzt, um ins Paradies zu gelangen.

Wer begreifen will, was etwa einen Jürgen Habermas oder einen Erhard Eppler bewegt hat, sich 1999 für den Angriffskrieg gegen Jugoslawien auszusprechen, aber auch, was sie drei Jahre später motivierte, sich gegen die Invasion des Irak zu wenden, der sollte dieses Buch lesen. Dass dessen bemühtes Sich-Festklammern an der fast verzweifelt bejahten westlichen Führungsmacht von der Entwicklung fürs Erste überholt wurde, lässt die illusionären Charaktere als solche deutlicher hervortreten. Illusionär aber ist Preuß gerade in seinem vermeintlichen Realismus. Dessen Realitätsverlust bahnt sich darin an, dass er die Augen vor der kapitalistischen Grundlage der Globalisierung verschließt und vor lauter Hoffnung aufs (in der Tat wichtige) Recht über die weltweit wachsende Bewegung für eine "Globalisierung von unten" hinwegsieht. Ohne deren Nachdruck werden die Ideale von Preuß auf ihrem Weg ins Wirkliche auf der Strecke bleiben.

II.

Preuß und sein Verleger Klaus Wagenbach haben gut daran getan, angesichts der militärischen und politischen Ereignisse, die dem Buch davonliefen, unverzüglich eine um ein Nachwort zum Irakkrieg erweiterte Taschenbuchausgabe folgen zu lassen. "Krieg auf Verdacht oder ein imperialer Gründungskrieg", lautet die Überschrift des Zusatzes. Historisch weit ausholend, mit der Niederbrennung der öffentlichen Gebäude in Washington (einschließlich Kapitol und Weißes Haus) durch englische Truppen im Jahre 1814 beginnend, führt Preuß als Traditionsdeterminante der US-Politik deren Weigerung ein, "ihre Sicherheitsinteressen in die Hände eines Bündnisses zu legen" (212). Dass es Interessen gibt, die zur Quelle von Unsicherheit für die Welt und rückwirkend für die USA geworden sind, bleibt ausgeblendet. Das Drama der Spaltung des Westens erscheint als Zusammenstoß zweier "Sicherheitskonzepte", eines absoluten, einsam umzusetzenden, mit einem relativen, in Bündnissen anzustrebenden (214). Der spaltende Gegensatz besteht folglich in der Alternative "Krieg nach den Kriterien der USA oder Krieg nach der Legalität der UNO" (215). Der Krieg als Einsatz militärischer Gewalt gegen Staaten steht dabei nicht in Frage. Dennoch sieht Preuß "einen guten Grund", bei UN-gedeckten kriegerischen Akten "die Semantik des Krieges" zu vermeiden (ebd.). "Gute Gründe" billigt er auch der Annahme zu, der Irak habe am Vorabend des Angriffskrieges vom Frühjahr 2003 Massenvernichtungswaffen gehortet (217). Gerechtfertigt war daher zwar noch nicht der militärische Einmarsch, wohl aber der Aufmarsch, die sogenannte "Drohkulisse", der die Rückkehr der UN-Waffenkontrollure in den Irak und die Kooperation der irakischen Regierung zu verdanken waren. Moralisch verwerflich ist für Preuß die "strikte Ablehnung militärischer Gewalt gegen den Irak" durch die Bundesregierung (218, vgl. 220) — gemeint ist die Ablehnung einer deutschen Kriegsbeteiligung. Man darf wohl ergänzen: Hätten die Inspektoren Massenvernichtungswaffen gefunden und hätte die irakische Regierung deren Zerstörung verweigert, dann hätte die deutsche Bundeswehr mit in einen Krieg ziehen müssen. Bis hierher reicht das Verständnis von Preuß für die US-Politik. Ein "Verdachtskrieg" aber ist für ihn "nicht zu rechtfertigen" (218f). Vom Richterstuhl der Moral aus wägt Preuß die "guten Gründe" gegeneinander ab. "Ein Krieg ohne Ansehen der Gründe, die gegen ihn sprechen, ist moralisch nicht zu begründen. Aber ein Frieden ohne Ansehen der Gründe, die gegen ihn sprechen, ist ebenfalls unmoralisch." (221) Hinter beiden Positionen verbergen

sich "Handlungsantriebe, die einer anderen Logik als der der weltpolizeilichen Gefahrenabwehr folgen" (222). Die Antwort auf die Frage, warum die USA nicht daran denken, "ihre überlegenen militärischen Fähigkeiten in den Dienst der Vereinten Nationen" zu stellen, kündigt Preuß zunächst als "ebenso einfach wie v.a. für die Europäer schmerzlich" an (ebd.). Doch die Frage geht in die andere über, "ob Amerika auf dem Weg zu einem Empire sei — zu einer nationenübergreifenden, weltumspannenden universalen Oberherrschaft", womit das Rätsel der alle Rechts- und Bündnisrücksichten preisgebenden Kriegsentschlossenheit der USA gegenüber dem Irak nun doch "eine plausible Lösung" erfahre (224). Der Irakkrieg ist demnach als "imperialer Gründungskrieg" zu begreifen. Während Preuß bei der Idee der "alles durchdringenden kontrollierenden Macht eines hegemonial-absolutistischen Herrschers" (227) keinen unhaltbaren Widerspruch sieht, realisiert er hier nun doch, dass "ein Imperium von Verbündeten ein Ding der Unmöglichkeit ist" (224). Der Weltzustand, zu dessen gewaltsamer Herbeiführung er die USA entschlossen sieht, ist die "Ordnung eines höchst merkwürdigen und singulären Imperiums": es "verknüpft die universellen Ideen der Menschenrechte und der Demokratie mit sehr partikularen religiösen Vorstellungen von der Auserwähltheit der amerikanischen Nation und ihrer historischen Mission, der Welt die Demokratie zu schenken". (225) Damit tritt eine absolute Antinomie auf: "Nach den Gesetzen des Imperiums ist die Erzwingung eines Regimewechsels durch Krieg eine vollkommen legitime Option. Nach der Satzung der UNO ist sie kategorisch ausgeschlossen." (Ebd.) Doch angesichts dieser Antinomie rekurriert Preuß nicht mehr auf die Kategorie des Tragischen. Er meint, jene Imperialpolitik folge der Einsicht von Hobbes: "Bevor das Recht gilt, muss die Ordnung geschaffen werden, die dem Recht Geltung verschafft." (226) Doch bei Hobbes verläuft die Geschichte umgekehrt: Da auch der Stärkste in Gestalt einer Koalition von Schwächeren noch immer seinen Totengräber findet, kann einzig ein allseitiger Abtretungsvertrag des Rechts auf Gewaltanwendung, also ein selber bereits rechtsförmiger Akt, eine Ordnung stiften, die allen, die diese Ordnung nicht antasten, das Überleben gestattet. Das aber wäre der totale Weltstaat, der alles politische Recht eingezogen hätte. Preuß, dessen Überlegungen die Ebene der Ideen und Prinzipien nie verlassen, endet mit der vagen Hoffnung auf Selbstzähmung des amerikanischen Imperiums, das "keineswegs auf Macht und Zwangsgewalt" zu verzichten hätte, diese jedoch "zu einem Instrument des Rechts" machen würde (227). Die Erwartung, die einmal den Menschenrechtskrieg legitimieren sollte, jenes Recht werde dabei im

Huckepack auf dem Unrecht ins Ziel einziehen, ist einer Resignation gewichen, die in der Sache sich jenem CDU-Positionspapier von Wolfgang Schäuble annähert, das Christian Geyer (2003) auf die Formel der "Entrechtlichung durch Verrechtlichung des Rechtsbruchs" gebracht hat.

Literatur

Altvater, Elmar, u. Birgit Mahnkopf, *Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik*, Münster 2002

Geyer, Christian, "Treuerzig. Wolfgang Schäuble schminkt der CDU das Völkerrecht ab", FAZ, 30.4.2003, 37

Glennon, Michael J., "Der Traum", FAZ, 25.6.2003, 7

Haug, Wolfgang Fritz, *Elemente einer Theorie des Ideologischen*, Argument-Sonderband AS 205, Hamburg 1993

ders., *High-Tech-Kapitalismus. Analysen zu Produktionsweise, Arbeit, Sexualität, Krieg und Hegemonie*, Hamburg 2003 (im *Argument* erschienen als Vorfassungen u.a.: "Weltkrieg gegen den Terror", *Arg.* 244, 2002, 13-33; "Herrschaft ohne Hegemonie?", *Arg.* 249, 2003, 11-20; und "Hegemonialer Universalismus? Versuch, die Spaltung des Westens mit Gramscis Hegemoniebegriff zu denken", *Arg.* 250, 2003, 179-98

Kaldor, Mary, "Irak: una guerra sin igual", *El País*, 2.4.03, 12; davor auf engl. in: www.openDemocracy.net

Preuß, Ulrich K., *Krieg, Verbrechen, Blasphemie. Zum Wandel bewaffneter Gewalt*, Berlin 2002

ders., Nachwort zur 2. Taschenbuchausgabe, Berlin 2003

Steinberger, Petra, "Gefahr im Verzug. Die neokonservativen Think Tanks und der Ursprung der Bush-Doktrin", in: *Süddeutsche Zeitung*, 1.3.03, 15

Subirats, Joan, "Irak y los dilemas de patriotismo", *El País*, 1.4.03, 12

Todd, Emmanuel, "'Amerikas Macht wird gebrochen'", Spiegel-Gespräch, 17.3.03, 128ff